

MSG Moderne Stadtgeschichte, Bd. 55/2 (2024), 85-100

DOI: 10.60684/msg.v55i2.76

Jens Binner

*ZeitZentrum Zivilcourage Hannover*

## **Der Umgang der Stadt Hannover mit der nationalsozialistischen Vergangenheit**

MSG Moderne Stadtgeschichte

ISSN: 2941-6159 online

<https://moderne-stadtgeschichte.de>

Dieses Werk steht unter der [Lizenz Creative Commons Namensnennung 4.0 International](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/).  
Bei den Abbildungen sind eingeschränkte Lizenzformen möglich, Weiternutzungsrechte  
sind gesondert abzuklären.

© Jens Binner 2024



**Jens Binner**

## **Der Umgang der Stadt Hannover mit der nationalsozialistischen Vergangenheit**

*Remembering the consequences of the Nazi dictatorship is a firmly established practice in Hannover. Memorial sites and events, information boards, stumbling blocks, and other elements are very much present in the city's public space. With the Ahlem Memorial and the ZeitZentrum Zivilcourage, there are two places that stimulate in-depth reflection. This development, however, was not a matter of course. It is the result of decades of civic engagement since the late 1970s. What is special about Hannover is that the municipal administration has played an active and supportive role from the very beginning, and that politicians have also supported the efforts. In the future, it will be important to counter the increasingly open questioning of the culture of remembrance with contemporary and present-oriented formats.*

### *1. Einleitung*

In der Stadt Hannover scheint der Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit vorbildlich. Es existiert ein zentrales Denkmal zur Erinnerung an den Holocaust, an dem jährlich eine große Gedenkveranstaltung mit Beteiligung von Schüler\*innen durchgeführt wird, weitere Denkmäler erinnern an das Novemberpogrom 1938, die Verfolgung der Sinti und Roma, ein Massaker der Gestapo bei Kriegsende sowie an die Existenz von sieben Außenlagern des KZ Neuengamme. Mit der Gedenkstätte Ahlem und dem ZeitZentrum Zivilcourage gibt es zwei Orte, an denen Ausstellungen mit verschiedenen Schwerpunkten an die NS-Zeit erinnern und Workshops Wissen über diese Zeit vermitteln. Es findet meist jährlich eine Verlegung von Stolpersteinen unter Berücksichtigung aller Opfergruppen statt. Zivilgesellschaftliche Initiativen kümmern sich um die Orte der ehemaligen KZ-Außenlager, es werden jährlich Jugendbegegnungen durchgeführt, zahlreiche Informationstafeln im Stadtgebiet erläutern zentrale Orte der NS-Geschichte, eine ehrenamtlich betriebene Website<sup>1</sup> bietet digitale Stadtrundgänge an. Vielfältige Veranstaltungen thematisieren unterschiedliche Aspekte der nationalsozialistischen Diktatur. Forschungsliteratur zu verschiedenen Aspekten bietet eine ausreichende wissenschaftliche Grundlage für erinnerungskulturelle Aktivitäten.

<sup>1</sup> <https://zukunft-heisst-erinnern.de/> [16.12.2024].

Alles in Ordnung also? Ohne das Erreichte schmälern zu wollen, kann die Antwort darauf kein uneingeschränktes „Ja“ sein. Zu sehr würden dadurch die spezifische Geschichte der Erinnerungskultur in der Stadt und deren weiterhin existierende Leerstellen aus dem Blick geraten. Eine Besonderheit ist etwa die bereits seit den 1980er-Jahren festzustellende aktive Rolle der Stadtverwaltung. Hat sich dadurch vielleicht ein übergroßer erinnerungspolitischer Konsens in der Stadt ergeben, der zu einer zu großen Selbstzufriedenheit geführt hat? Gerade die akute Gefährdung der Demokratie durch den Zuspruch für rechtspopulistische Initiativen und politische Parteien verbietet es, sich selbstgenügsam zurückzulehnen. Denn ein erklärtes Ziel der Erinnerungskultur war es ja, derartige Entwicklungen in Deutschland zu verhindern. Dass dies nicht erreicht werden konnte, sollte Anlass zur kritischen Betrachtung der erinnerungskulturellen Entwicklung sein, ohne die unbestreitbaren Erfolge in den Hintergrund treten zu lassen.

## *2. Frühe erinnerungskulturelle Zeichen in Hannover*

Bereits kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sind in Hannover wie in ganz Deutschland sichtbare Zeichen zur Erinnerung an die Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur entstanden. So wurde Anfang Mai 1945 der Ehrenfriedhof Maschsee-Nordufer angelegt, auf dem 386 Zwangsarbeiter\*innen, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge beigesetzt sind. Die sterblichen Überreste wurden vom Friedhof Seelhorst überführt, auf dem die Toten bis dahin teilweise anonym in Massengräbern beigesetzt waren. Die britische Militärregierung wollte damit im Zuge der Bemühungen um Re-Education einen zentralen Ort schaffen, an dem dauerhaft an die NS-Verbrechen erinnert wird. Die Gestaltung des Mahnmals, das im Oktober 1945 eingeweiht wurde, lag in den Händen der sowjetischen Militärmission, die dafür den sowjetischen Bildhauer Mykola Muchin auswählte, der eine ähnliche Skulptur für den Kriegsgefangenenfriedhof Hörsten unweit des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen geschaffen hatte.<sup>2</sup> Die Initiative bei der Schaffung dieses Ortes lag in den Händen der Alliierten und Überlebender, sodass der Ehrenfriedhof noch nicht als Beginn der Entwicklung einer eigenständigen Erinnerungskultur zu sehen ist.

Ebenso verhält es sich mit dem KZ-Mahnmal auf dem Friedhof Seelhorst, das 1947 eingeweiht wurde. Es erinnert an die über 300 Toten der KZ-Außenlager Ahlem, Mühlenberg und Stöcken sowie des Gestapo-Gefängnisses Ahlem, die auf dem Friedhof beigesetzt sind.<sup>3</sup> Die Initiative für das Mahnmal ging von dem

<sup>2</sup> Silke Petry/Rolf Keller, „Ruhet in Frieden, teure Genossen...“. Der Friedhof des Kriegsgefangenenlagers Bergen-Belsen – Geschichte und Erinnerungskultur, Göttingen 2016.

<sup>3</sup> Vgl. auch Herbert Obenaus, Die Erschießungen auf dem Seelhorster Friedhof von Hanno-

sogenannten KZ-Ausschuss aus, der offiziell Hauptausschuss ehemaliger politischer Häftlinge hieß und sich um alle Belange ehemaliger KZ-Häftlinge kümmerte. Die Grundsteinlegung 1946 und die Einweihung 1947 wurden zwar feierlich unter Beteiligung zahlreicher Honoratioren aus Politik, Gesellschaft und Kirche sowie „einer außerordentlich starken Teilnahme der Bevölkerung“<sup>4</sup> begangen, treibende Kraft blieb jedoch die Leitung des Hauptausschusses, die vorrangig selbst aus befreiten KZ-Häftlingen bestand und von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) unterstützt wurde. Der Hauptausschuss hatte auch bereits im September 1946 eine Ausstellung zu den Opfern der nationalsozialistischen Konzentrationslager zusammengestellt, die im Georgspalast gezeigt wurde. Dennoch kann man nicht davon sprechen, dass diese Aktivitäten zu einer breiten gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus geführt hätten, auch wenn jährlich Gedenkveranstaltungen auf dem Friedhof Seelhorst durchgeführt wurden.

### *3. Erstarken der Erinnerungskultur seit den 1980er-Jahren*

Bezeichnenderweise folgten diesen frühen Initiativen jahrzehntelang keine weiteren öffentlichen Zeichen zur Erinnerung an die NS-Diktatur. Die Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit lag weitgehend brach, mit der bemerkenswerten Ausnahme der Publikation „Stadt im Widerstand“,<sup>5</sup> die im Jahr 1965 erschien und in der die Journalistin Gerda Zorn sich speziell mit dem politischen Widerstand von Frauen beschäftigte. Die Situation änderte sich erst Anfang der 1980er-Jahre, wobei der Fokus weiterhin auf der Geschichte der KZ-Außenlager in Hannover lag. Als Katalysator kann dabei die Bildung einer Arbeitsgruppe an der heutigen Leibniz Universität Hannover bezeichnet werden, die sich seit 1978 schwerpunktmäßig mit den KZ-Außenlagern, aber auch mit anderen lokalgeschichtlichen NS-Themen beschäftigte.<sup>6</sup> Die Gruppe erhob erstmals auf wissenschaftlicher Basis und weltweit die historischen Quellen und verarbeitete sie in einer grundlegenden Publikation zu den KZ-Außenlagern in Hannover, die damals Maßstäbe gesetzt hat.<sup>7</sup> Aber es ging den Beteiligten von Beginn an auch um eine populäre Darstellung der Ergebnisse ihrer differenzierten wissen-

ver am 6. April 1945, in: Hannoversche Geschichtsblätter NF 35, 1981, S. 233-274.

<sup>4</sup> Niedersächsische Volksstimme vom 16. September 1947.

<sup>5</sup> Gerda Zorn, Stadt im Widerstand, Frankfurt am Main 1965. Neuauflage: Widerstand in Hannover. Gegen Reaktion und Faschismus 1920–1946, Frankfurt am Main 1977.

<sup>6</sup> Erste Ergebnisse wurden in den Ausstellungen „Reichskristallnacht“ in Hannover“ 1978 und „Hannover 1933. Eine Großstadt wird nationalsozialistisch“ präsentiert. Ich danke Dr. Florian Grumbles für diesen Hinweis.

<sup>7</sup> Rainer Fröbe u. a., Konzentrationslager in Hannover. KZ-Arbeit und Rüstungsindustrie in der Spätphase des Zweiten Weltkriegs, 2 Bde., Hildesheim 1985.

schaftlichen Forschung. Dies war zum einen eine Reaktion auf die bis dahin in der Öffentlichkeit vorherrschende Sicht auf den Zweiten Weltkrieg, bei der vor allem die alliierten Bombenangriffe im Zentrum standen. Zum anderen spiegelte sich darin der veränderte Blick auf den Nationalsozialismus. Durch die Bewegung der Geschichtswerkstätten und sogenannten „Barfußhistoriker“ fanden sozial- und alltagsgeschichtliche Aspekte weit stärkere Beachtung, ebenso wie Stimmen der Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen im Zuge der neuen Methode der Oral History als legitime Quelle anerkannt wurden. Diese Entwicklungen führten dazu, dass die Diskussionen über Ursachen und Struktur der nationalsozialistischen Diktatur nicht mehr nur in der akademischen Sphäre geführt, sondern gesellschaftlich breit verhandelt wurden. Daher wurde auch zunehmend in anderen Darstellungsformen als Publikationen gedacht, mit denen weite Kreise der Bevölkerung angesprochen werden konnten.

In Hannover bildeten sich Ende der 1970er-/Anfang der 1980er-Jahre – auch motiviert durch verstärkte neonazistische Aktivitäten in Hannover und Niedersachsen seit 1977<sup>8</sup> – verschiedene Arbeitskreise in den Freizeitheimen, in denen sich zumeist Menschen ohne akademische Vorbildung erstmals mit der Alltagsgeschichte oder der NS-Geschichte vor ihrer Haustür befassten. Die Arbeitskreise der Freizeitheime schlossen sich 1984 mit anderen Gruppen und Historikern zur „Geschichtswerkstatt Hannover“ zusammen. Die stärksten Aktivitäten entfaltete die 1987 gegründete „Egon Kuhn Geschichtswerkstatt“. Sie ist maßgeblich auf die Initiative und politische Betätigung des Namensgebers zurückzuführen, der Leiter des städtischen Freizeitheimes Linden war, in dem sich auch die Räumlichkeiten der Geschichtswerkstatt befanden. So ist bereits in den Anfängen die Einbeziehung der Stadtverwaltung in die erinnerungskulturellen Aktivitäten auszumachen, die auch im Weiteren immer wieder festzustellen ist.

Die genannte Gruppe der Universität Hannover, ergänzt durch Mitarbeiter\*innen der Freizeitheime Mühlenberg und Stöcken, des Kulturamts der Stadt Hannover sowie Lehrer\*innen der IGS Mühlenberg, beschäftigte sich früh damit, wie die Ergebnisse ihrer Arbeit in eine Ausstellung umgesetzt werden konnten, um ein möglichst großes Publikum zu erreichen. Das Medium „Historische Ausstellung“ gewann in den 1980er-Jahren allgemein schnell an Popularität. Eine Besonderheit in Hannover war die Mitwirkung des Bildhauers Hans-Jürgen Breuste. Auf diese Weise entstand ein sehr ungewöhnliches Aus-

<sup>8</sup> Die Zeitschrift DER SPIEGEL wies in ihrer Ausgabe vom 28.08.1977 darauf hin, dass Niedersachsen einen Brennpunkt aktueller neonazistischer Aktivitäten bildete. Diese Entwicklung führte zur Organisation einer „Antifaschistischen Woche des Widerstands“, die spätestens seit 1978 jährlich stattfand. Ich danke Dr. Florian Grumbles für diesen Hinweis.

stellungsdesign, bei dem die raumgreifenden Stahlinstallationen des Künstlers gleichwertig neben den Ausstellungstafeln standen. Die Ausstellung wurde im Herbst 1983 unter dem Titel „Konzentrationslager in Hannover 1943-1945“ eröffnet und musste aufgrund der großen Nachfrage in ihrer Laufzeit verlängert werden.

Die Ausstellung war der Startpunkt für eine ganze Reihe von Aktivitäten, mit denen der Nationalsozialismus als Verbrechen, für das die gesamte deutsche Gesellschaft verantwortlich war, stärker in das allgemeine Bewusstsein gehoben wurde. Die genannte Gründung der „Egon Kuhn Geschichtswerkstatt“ im Jahr 1987 ist hier zu nennen, aber als wichtigste Entwicklung ist die Eröffnung der Gedenkstätte Ahlem im selben Jahr zu bezeichnen. Sie war weniger das Ergebnis zivilgesellschaftlicher Bemühungen<sup>9</sup> vor Ort als vielmehr eine Reaktion auf entsprechende Wünsche überlebender Schüler\*innen der Gartenbauschule Ahlem, denen sich die im Rat des damaligen Landkreises Hannover<sup>10</sup> vertretenen politischen Parteien anschlossen. Die Einrichtung der Gedenkstätte als öffentlicher Ort für die Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Hannover, an dem auch Bildungsarbeit geleistet wird, war damals keine Selbstverständlichkeit. Denn erst zwei Jahre vorher war die Gedenkstätte Bergen-Belsen – die offiziell bereits seit 1952 bestand, jedoch lediglich eine Ausstellung ohne Betreuung bot – mit wissenschaftlichem und pädagogischem Personal ausgestattet worden. Die ehemalige Gartenbauschule Ahlem mit ihren Gebäuden bot sich aufgrund der vielfältigen Geschichte – Ausbildungsanstalt für Jüdinnen und Juden, die im Gartenbau und weiteren landwirtschaftlichen Berufen arbeiten wollten; Stätte der Vorbereitung auf die Auswanderung nach 1933; Sammelstelle für Jüdinnen und Juden vor der Deportation; Gestapo-Gefängnis – als Ort einer Gedenkstätte an. Die Eröffnung der Gedenkstätte führte jedoch auch dazu, dass unter den Verbrechen des Nationalsozialismus häufig allein der Holocaust verstanden wurde und die Verfolgung anderer Gruppen vergleichsweise wenig und spät Beachtung fand.

Neben der genannten Publikation zu den KZ-Außenlagern entstanden in den 1980er-Jahren weitere Grundlagenwerke zu verschiedenen Aspekten der NS-Herrschaft. Dazu gehörten die sogenannten „Judenhäuser“,<sup>11</sup> die Rolle der Gestapo,<sup>12</sup> politischer Widerstand, der allerdings eher unter spezifischen Aspekten

<sup>9</sup> Der Förderverein Gedenkstätte Ahlem besteht erst seit 1998.

<sup>10</sup> Heute Region Hannover.

<sup>11</sup> Marlis Buchholz, Die hannoverschen Judenhäuser. Zur Situation der Juden in der Zeit der Ghettoisierung und Verfolgung 1941 bis 1945, Hildesheim 1987.

<sup>12</sup> Vgl. Klaus Mlynek (Hrsg.), „Gestapo Hannover meldet...“. Polizei- und Regierungsberichte für das mittlere und südliche Niedersachsen zwischen 1933 und 1937, Hildesheim 1986. Speziell zu Ahlem als Gestapo-Gefängnis: Herbert Obenaus, „Sei stille, sonst kommst Du nach Ahlem!“. Zur Funktion der Gestapostelle in der ehemaligen Israeliti-

wie der Rolle von Frauen<sup>13</sup> oder der Organisation „Sozialistische Front“<sup>14</sup> Beachtung fand, und auch bereits Euthanasieverbrechen.<sup>15</sup> So wichtig diese Veröffentlichungen sind, weil sie etwa Berichte von Zeitzeug\*innen erfasst haben, die heute nicht mehr erhoben werden könnten, erzielten andere Aktivitäten eine größere Breitenwirkung. Dazu gehörten neben regelmäßigen Gedenkveranstaltungen zu verschiedenen Anlässen vor allem Initiativen für Mahnmale, die wiederum in erster Linie an den Standorten der ehemaligen KZ-Außenlager errichtet wurden. Diese hingen mit zivilgesellschaftlichen Bemühungen zusammen, die Kontakte zu Überlebenden und Angehörigen ehemaliger Häftlinge aufzubauen und zu pflegen. Exemplarisch hierfür steht die 1987 gegründete „Arbeitsgemeinschaft KZ Stöcken“, die aus einer bereits seit 1979 bestehenden „Antifa AG“ im städtischen Freizeitheim Stöcken hervorgegangen ist. Der „AG KZ Stöcken“ ist es wesentlich zu verdanken, dass der Kontakt zu dänischen Überlebenden, die 1984 erstmals Hannover besucht hatten, über Jahrzehnte aufrechterhalten werden konnte. Außerdem war es ein Anliegen der AG, eine bereits 1978 von der Stadt Hannover verlegte Gedenkplatte aufzuwerten und zu einem sichtbaren Mahnmal auszubauen. Diese Bemühungen führten 1987 zum Erfolg, als eine wiederum vom Künstler Hans-Jürgen Breuste geschaffene Plastik eingeweiht werden konnte. Eine ähnlich frühe Initiative ist der 1987 von der Holocaust-Überlebenden Ruth Gröne gegründete Arbeitskreis „Bürger gestalten ein Mahnmal“, der im Jahr 1994 die Errichtung eines Mahnmals am Gelände des ehemaligen KZ Ahlem erreichen konnte.

Seit der Gründung dieser Vereinigungen haben auch Überlebende und Angehörige eine wichtige Stimme im erinnerungskulturellen Diskurs der Stadt. Durch die Kontakte und Besuche sowie die damit verbundene Berichterstattung erhöhte sich der Druck, insbesondere bei den ehemaligen KZ-Außenlagern sichtbare Zeichen des Gedenkens zu errichten, wie es in der Folge etwa in Stöcken, Misburg und Mühlberg geschah. Eine besondere Rolle spielt bis heute die Überlebende Ruth Gröne, die in Hannover wohnt und – inzwischen vielfach geehrt – die wichtige Rolle einer „Mahnerin vor Ort“ übernommen hat. Ruth Gröne, deren jüdischer Vater kurz vor Kriegsende im KZ-Auffanglager Sandbos-

schen Gartenbauschule von Ahlem (1943-1945), in: Hannoversche Geschichtsblätter NF 41, 1987, S. 301-327.

<sup>13</sup> VVN Hannover (Hrsg.), Hannoversche Frauen gegen den Faschismus 1933-1945. Lebensberichte. Ein Beitrag zur Stadtgeschichte, 6 Bde., Hannover 1981-1983.

<sup>14</sup> Bernd Rabe, Die „Sozialistische Front“. Sozialdemokraten gegen den Faschismus 1933-1936, Hannover 1984.

<sup>15</sup> Vgl. Thorsten Sueße, Nervenklinik und Pflegeheim Langenhagen. Von den Anfängen bis zum Ende der NS-Zeit, in: Hannoversche Geschichtsblätter NF 42, 1988, S. 181-203. Das Standardwerk dazu ist jedoch erst rund zehn Jahre später entstanden: Raimond Reiter, Psychiatrie im Dritten Reich in Niedersachsen, Hannover 1997.

tel umgekommen ist, weist immer wieder öffentlich auf fehlende Erinnerungszeichen an den Orten der NS-Verbrechen in der Stadt hin und findet dabei aufgrund ihrer Lebensgeschichte große mediale Resonanz.

#### *4. Die Rolle der Stadtverwaltung und die Entwicklung bis Anfang der 2000er-Jahre*

An allen geschilderten Vorgängen lässt sich ein Spezifikum erinnerungskultureller Arbeit in Hannover aufzeigen: die von Beginn an aktive Rolle der Stadtverwaltung. Die Gründungen der AG KZ Stöcken und der „Egon Kuhn Geschichtswerkstatt“ waren aus städtischen Freizeithäusern heraus erfolgt und beim Breuste-Mahnmal gab es ebenso eine finanzielle Beteiligung der Stadt wie bei den Mahnmälen an den Standorten der ehemaligen KZ-Außenlager. Diese breite Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen zur Erinnerung an die NS-Diktatur lässt sich durchgängig beobachten, auch wenn es zu konkreten Punkten wie etwa der Gestaltung der Erinnerungszeichen lebhaft Diskussionen gegeben hat. Die Bereitschaft der Stadtverwaltung zur Unterstützung der Initiativen wurde sicherlich dadurch gefördert, dass im Mittelpunkt zunächst die Erinnerung an die Opfer stand, während die Mitverantwortung von Gesellschaft und Verwaltung verhältnismäßig wenig thematisiert wurde. Eine Ausnahme bildet dabei die Mitverantwortung der Unternehmen, die KZ-Häftlinge zur Zwangsarbeit einsetzten. Diese Frage wurde von den zivilgesellschaftlichen Gruppen früh aufgeworfen, weil sie mehrheitlich aus einem politisch linken Spektrum heraus entstanden sind.

Es wäre eine nähere Untersuchung wert, ob die aktive Rolle der Stadtverwaltung – und damit auch der Lokalpolitik als Auftraggeberin der Verwaltung – zu internen Diskussionen und Einflussnahmen auf die Anliegen der zivilgesellschaftlichen Gruppen jenseits finanzieller Fragen geführt hat. Auf jeden Fall hat es bis zur Initiative für ein zentrales Mahnmal zur Erinnerung an den Holocaust auf dem Opernplatz Anfang der 1990er-Jahre keine breiten öffentlichen Diskussionen um erinnerungskulturelle Fragen gegeben. Dafür war vermutlich der relativ früh hergestellte Konsens zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung verantwortlich, gefördert durch die kommunalpolitische Dominanz der Sozialdemokraten und Grünen. Es bleibt aber die Frage, ob dadurch nicht auch eine breitere gesamtgesellschaftliche Debatte zum Umgang mit der NS-Vergangenheit zumindest erschwert worden ist. Denn bei der seit 2014 sehr kontrovers ausgetragenen Diskussion um den Umgang mit Benennungen von Straßen, anderen Gebäuden und Plätzen nach Personen, die aufgrund wissenschaftlicher Beurteilung als NS-belastet gelten müssen, hat sich bei aller Schärfe der Auseinandersetzung auch gezeigt, dass das allgemeine Interesse an derartigen Fragen angestiegen ist. Dies zeigt sich regelmäßig bei Gesprächen mit



Besucher\*innen des ZeitZentrum Zivilcourage sowie im Rahmen der dort angebotenen Workshops. Es wäre also zu untersuchen, inwieweit das Einvernehmen der zivilgesellschaftlichen Initiativen sowie der Politik und der Verwaltung ungewollt apologetische Tendenzen der aktuellen politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse gefördert und eine vollständig offene Debatte verhindert hat. Es ist möglich, dass sich durch eine zu große Einigkeit eine gewisse Selbstgenügsamkeit einstellt, die den anfangs geschilderten Eindruck erweckt, dass erinnerungskulturell ein hoher Standard erreicht sei und es somit keinen weiteren Handlungsbedarf gebe. Dabei besteht die Gefahr, dass nur noch diejenigen gesellschaftlichen Gruppen angesprochen werden, die bereits ein genuines Interesse an der Thematik mitbringen. In dieser Sichtweise wäre die Kontroverse um die Straßenbenennungen seit 2014 eine Ausnahme. Ob sie einen dauerhaften Wandel markiert, ist noch nicht abschließend feststellbar, angesichts der deutschlandweit zunehmenden Infragestellung der Erinnerungskultur jedoch zu vermuten.

Die Sinnhaftigkeit einer kontroversen öffentlichen Diskussion zeigte sich bei einem weiteren erinnerungskulturellen Meilenstein, der Einweihung des bereits erwähnten Holocaust-Mahnmals auf dem Opernplatz im Jahr 1994. Die Vorstellung der Idee, auf einem der zentralsten Plätze der Stadt ein Mahnmal zur Erinnerung an die Deportation und Ermordung der Jüdinnen und Juden aus Hannover zu errichten, durch die bürgerschaftliche Initiative „Memoriam“ im Jahr 1991 löste eine lang anhaltende und kontroverse Diskussion aus. Dabei wurden in erster Linie der Standort und die Monumentalität des Mahnmals kritisiert; es war jedoch nicht zu verkennen, dass sich viele generell an diesem sichtbaren Zeichen stießen. Dadurch, dass das Mahnmal unübersehbar in der Stadtmitte platziert ist, symbolisiert es auch die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus, die eben dort, in der Mitte der Gesellschaft, ihren Ausgangspunkt hatten. Dies vermittelt sich durch Gestaltung und Platzierung des Denkmals, ohne dass es explizit erwähnt werden muss. Den anderen sichtbaren Zeichen im Stadtgebiet kann man eher ausweichen, man kann sie ignorieren. Bei dem Mahnmal ist dies nicht möglich.

Die Unterstützung durch maßgebliche gesellschaftliche Gruppen sowie das erfolgreiche Einwerben von Spenden führten im Ergebnis dazu, dass das Projekt verwirklicht werden konnte. Und die lang anhaltende öffentliche Debatte bewirkte, dass das Interesse an der jüdischen Geschichte der Stadt allgemein und insbesondere an Verfolgung und Vernichtung der jüdischen Gemeinde im Nationalsozialismus zugenommen hat. Dies zeigt sich am anhaltenden Zufluss an Spendenmitteln für „Stolpersteine“ ebenso wie am großen Interesse an Veranstaltungen zur jüdischen Geschichte, vor allem wenn dabei konkrete Lebensgeschichten im Mittelpunkt stehen. Das Mahnmal auf dem Opernplatz ist heute

weitgehend akzeptiert und eines der Wahrzeichen der Stadt. Insbesondere die Idee, ein begehbare Mahnmal zu schaffen, hat dazu beigetragen. Dass auf dem Mahnmal am Wochenende Menschen sitzen, etwas trinken und sich unterhalten, steht nicht im Widerspruch zu den Gedenkveranstaltungen, die dort jedes Jahr am 15. Dezember stattfinden, dem Jahrestag der größten Deportation aus Hannover. Das Mahnmal ist auf diese Weise selbstverständlicher Bestandteil der Stadtgesellschaft, ohne seinen mahnenden Charakter zu verlieren.

##### *5. Neuorganisation der Zivilgesellschaft und Institutionalisierung der Erinnerungskultur ab 2000*

Dennoch ist festzuhalten, dass das Mahnmal, ähnlich wie die Eröffnung der Gedenkstätte Ahlem Ende der 1980er-Jahre, nur in begrenztem Umfang neue erinnerungskulturelle Aktivitäten angeregt hat. Zwar hat sich ein fester Kanon an Gedenkveranstaltungen unter Beteiligung der politischen Parteien und insbesondere der Gewerkschaften an den bestehenden Gedenkort etabliert, darüber hinaus gab es jedoch wenig Initiative, sich den bestehenden Leerstellen zu widmen, wie etwa vergessenen Opfergruppen, den Täter\*innen oder der Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus.

Wesentlich dafür sind zwei Entwicklungen: Zum einen haben sich im Jahr 2006 knapp 40 Vereine, Verbände und Einzelpersonen, die sich ehrenamtlich bei der Aufarbeitung der NS-Geschichte der Stadt engagieren, zum Netzwerk „Erinnerung und Zukunft in der Region Hannover e. V.“ zusammengeschlossen.<sup>16</sup> Damit ist eine wirksame Vertretung entstanden, die Themen setzen kann und auch in der Lage ist, größere Projekte durchzuführen. Ein Beispiel dafür ist die Erarbeitung themenbezogener digitaler Stadtrundgänge, die auf einer eigenen Website präsentiert werden.<sup>17</sup> Das Netzwerk verschickt regelmäßig Newsletter mit Veranstaltungen der Mitglieder und sorgt damit für eine deutlich größere Reichweite, als sie die einzelnen Initiativen eigenständig herstellen könnten. Bereits ein Jahr nach Gründung des Netzwerkes konnte auch ein „Wegweiser zu den Orten der Erinnerung in Stadt und Region Hannover“ veröffentlicht werden, der weite Verbreitung gefunden hat. Zum anderen wurde die anhaltend aktive Rolle der Stadtverwaltung zunehmend institutionalisiert, indem zunächst ein Projekt Erinnerungskultur gegründet worden ist, das bald darauf als eigenständiges Sachgebiet fest in der Verwaltungsstruktur verankert wurde.

Die Bedeutsamkeit dieser Entwicklungen lässt sich daran ablesen, dass zentrale öffentliche Zeichen zur Erinnerung an die NS-Zeit erst seit Mitte der

<sup>16</sup> <https://netzwerk-erinnerungundzukunft.de/netzwerk-e-v-2/> [16.12.2024].

<sup>17</sup> <https://zukunft-heisst-erinnern.de/> [16.12.2024].

2000er-Jahre entstanden sind. So wurden Ende 2007 die ersten Stolpersteine in Hannover verlegt. Seitdem findet in der Regel jährlich eine Verlegung mit 30–40 Steinen statt. Bezeichnend ist, dass auch hier die Stadtverwaltung federführend ist, dabei aber mit dem Netzwerk zusammenarbeitet. Die Spendengelder werden durch das Netzwerk gesammelt und verwaltet, die Organisation der Verlegungen erfolgt jedoch komplett durch die Stadt.<sup>18</sup> Dies ist insofern ungewöhnlich, als in vielen Städten vergleichbarer Größe die Verlegungen vollständig durch ehrenamtliche Gruppen durchgeführt werden. Auch die große Mehrzahl der Informationstafeln an Orten der Verfolgung ist erst seit den 2000er-Jahren entstanden.<sup>19</sup> Und auch hier liegt die Umsetzung in der Hand der Stadtverwaltung, während die Initiativen für neue Informationstafeln in der Zivilgesellschaft oder der Lokalpolitik entstehen. Dadurch ist eine Struktur entstanden, bei der neue Informationstafeln in der Regel ohne große öffentliche Diskussion realisiert werden können. Das hat dazu geführt, dass es eine recht große Anzahl dieser Tafeln gibt, die beständig anwächst. Auf der anderen Seite steht der bereits erwähnte Effekt eines selbstverständlichen Prozesses ohne Beteiligung breiterer Bevölkerungskreise.

#### 6. Neue Kontroversen ab 2014

Die bisher geschilderten erinnerungskulturellen Entwicklungen waren in Hannover demnach ohne größere Konflikte verlaufen. Einzig das Holocaust-Mahnmal auf dem Opernplatz hatte – wie geschildert – zu kontroversen Debatten geführt, weil es seit der Einweihung ein neues prägendes Element in der Stadtmitte darstellt und der Auseinandersetzung damit kaum ausgewichen werden kann. Dass sich das gesamtgesellschaftliche Klima gewandelt hat und Erinnerungskultur zunehmend offener infrage gestellt wird, zeigte sich dann ab dem Jahr 2014, nachdem die Stadt aufgrund eines Ratsbeschlusses vom Dezember 2013 das Projekt „Wissenschaftliche Betrachtung von namensgebenden Persönlichkeiten in Hannover“ ins Leben gerufen hatte, dessen Abschlussbericht Ende 2018 vorgelegt wurde.<sup>20</sup> Im Kern ging es dabei um Straßen, die nach Personen

<sup>18</sup> <https://www.hannover.de/Kultur-Freizeit/Architektur-Geschichte/Erinnerungskultur/ZeitZentrum-Zivilcourage/St%C3%A4dtische-Erinnerungskultur/Stolpersteine> [16.12.2024].

<sup>19</sup> Überblick hier: <https://www.hannover.de/Kultur-Freizeit/Architektur-Geschichte/Erinnerungskultur/ZeitZentrum-Zivilcourage/St%C3%A4dtische-Erinnerungskultur/Erinnerungsorte> [16.12.2024].

<sup>20</sup> Der Abschlussbericht ist online abrufbar: <https://www.hannover.de/Kultur-Freizeit/Architektur-Geschichte/Erinnerungskultur/ZeitZentrum-Zivilcourage/St%C3%A4dtische-Erinnerungskultur/Wissenschaftliche-Betrachtung-von-namensgebenden-Pers%C3%B6nlichkeiten-in-Hannover> [16.12.2024].

benannt sind, denen eine Mitwirkung an der nationalsozialistischen Diktatur nachgewiesen werden kann. Obwohl die Empfehlungen des wissenschaftlichen Beirates als zurückhaltend bezeichnet werden können,<sup>21</sup> hält die Diskussion um die Umbenennungen bis heute an, weil die Umsetzung in der Verantwortung der Bezirksräte liegt, die längere Zeit benötigen, um einen Umgang mit den Empfehlungen zu erarbeiten. Generell nimmt die Bereitschaft ab, Verfahren zur Umbenennung in Gang zu setzen.

Für die anhaltenden Debatten um die Umbenennungen sind mehrere Entwicklungen maßgeblich. So spiegelt sich in den Empfehlungen des Beirates die Weiterentwicklung der Forschung zum Nationalsozialismus. Inzwischen wird viel stärker die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die Zerstörung der Demokratie und die nationalsozialistischen Verbrechen betont, während früher vorrangig auf die politisch Verantwortlichen an höchster Stelle sowie die direkten Täter\*innen geschaut wurde. Das führt dazu, dass auch zu Personen wie beispielsweise dem Chirurgen Ferdinand Sauerbruch eine Empfehlung zur Umbenennung ausgesprochen wurde, der bei Menschen, die sich nicht intensiv mit der Geschichtsschreibung zum Nationalsozialismus beschäftigen, einen untadeligen Ruf genießt. In Hannover wurde die öffentliche Debatte vor allem durch die Auseinandersetzung um die Empfehlung zur Umbenennung der Hindenburgstraße geprägt. An der Person Hindenburg lässt sich zeigen, dass neue Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung nur langsam ihren Weg in das öffentliche Bewusstsein finden. Während aktuelle Veröffentlichungen herausgearbeitet haben, dass Hindenburg bewusst auf die Zerstörung der Demokratie hingearbeitet und Hitler in vollem Bewusstsein der Konsequenzen zum Reichskanzler gemacht hat,<sup>22</sup> hält sich in der nichtfachlichen Öffentlichkeit hartnäckig das Bild vom senilen Reichspräsidenten, der durch die ihn umgebende Kamarilla dazu gedrängt worden sei, Hitler zu ernennen.<sup>23</sup> Aufgrund dieses Auseinanderklaffens zwischen Forschungsstand und populärem Bild konnte die Empfehlung zur Umbenennung als Bilderstürmerei angeprangert werden, bei der angeblich Personen ohne Berücksichtigung der Zeitumstände als Verantwortliche für die nationalsozialistische Diktatur dargestellt wurden. Bei der Hindenburgstraße kam hinzu, dass dort viele Rechtsanwälte ihre Praxisräume

<sup>21</sup> Bei 493 untersuchten Straßennamen wurden nur 17 Empfehlungen zur Umbenennung ausgesprochen, vgl. Projekt Wissenschaftliche Betrachtung von namensgebenden Persönlichkeiten. Abschlussbericht. Empfehlungen des Beirats, hrsg. von der Landeshauptstadt Hannover, Hannover 2018, S. 11 (online abrufbar, vgl. Anm. 18).

<sup>22</sup> Wolfram Pyta, *Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler*, München 2007.

<sup>23</sup> Prägende ältere Darstellungen: John Wheeler-Bennett, *Der hölzerne Titan*. Paul von Hindenburg, Tübingen 1969 und Werner Maser, *Hindenburg. Eine politische Biographie*, Rastatt 1989.

haben und der Landesverband der CDU seine Zentrale. Es gab also einflussreiche gesellschaftliche Kräfte, die persönlich betroffen und in der Lage waren, die allgemeine Debatte zu prägen. Der Konflikt um die Umbenennung der Hindenburgstraße wurde dann auch bis zu einer letztinstanzlichen Entscheidung vor Gericht ausgetragen.<sup>24</sup>

In der Debatte um die Umbenennungsempfehlungen spiegelt sich das Erstarren rechtspopulistischer politischer Kräfte, die den kritisch-reflexiven Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit offen in Frage stellen, ebenso wie die Wandlung des wissenschaftlichen Bildes des Nationalsozialismus vom Regimeverbrechen zum Gesellschaftsverbrechen. Durch diesen Wandel sind zahlreiche Entlastungsmythen und im Familiengedächtnis tradierte Erzählungen grundlegend in Zweifel gezogen.

Die letzte erinnerungskulturelle Neuentwicklung stellt die Eröffnung des ZeitZentrum Zivilcourage der Landeshauptstadt Hannover im März 2021 dar. Das ZeitZentrum versteht sich als Lernort, in dem anhand von 46 Biografien von Menschen, die während der Zeit des Nationalsozialismus in Hannover gelebt haben, Themen wie Handlungsspielräume, Verantwortlichkeiten, Motivationen und Ideologien in den Mittelpunkt gestellt werden.<sup>25</sup> Damit wird erneut die gesellschaftsgeschichtliche Perspektive gestärkt und der immer noch populären Vorstellung entgegengearbeitet, im Nationalsozialismus habe eine kleine Gruppe Herrschender das gesamte Volk unterdrückt, sodass eigenständiges Handeln gegen die Diktatur aufgrund der Strafandrohungen nicht möglich gewesen sei. Im ZeitZentrum wird dagegen an konkreten Beispielen anschaulich gemacht, dass die Verbrechen nur geschehen konnten, weil viele aus unterschiedlichen Gründen bereit waren, an ihnen mitzuwirken. Wichtig ist in der Konzeption auch, dass der Stadtraum einen zentralen Bezugspunkt bildet. Auf diese Weise wird dem Mythos widersprochen, dass die Verbrechen außerhalb des Deutschen Reiches und abgeschirmt von der breiten Öffentlichkeit geschehen seien. Dadurch dass die Geschichten, die anhand der Biografien erzählt werden, im Wesentlichen in der Stadt Hannover spielen, wird deutlich gemacht, dass der verbrecherische Charakter der nationalsozialistischen Diktatur von jedem hätte erkannt werden können. Das Team des ZeitZentrum Zivilcourage ist auch für die städtische Erinnerungskultur zuständig, sodass ein zentraler Ansprechpartner für alle erinnerungskulturellen Fragen besteht.

<sup>24</sup> Vgl. Artikel zur Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 26. Januar 2023, S. 17.

<sup>25</sup> Vgl. Friedrich Huneke u. a., Das ZeitZentrum Zivilcourage in Hannover, in: GWU 74:7/8, 2023, S. 425-437; Jens Binner, Das ZeitZentrum Zivilcourage der Landeshauptstadt Hannover als Beispiel zeitgemäßer historisch-politischer Bildung, in: Philipp Legrand/Elisa Schulzki (Hrsg.), Integration, Beteiligung, Demokratie. Kommunale Herausforderungen, Perspektiven und Chancen, Hamburg 2024, S. 127-138.

Die Fokussierung auf konkrete Menschen und ihr Handeln oder Nicht-Handeln stärkt auch den Gegenwartsbezug der Beschäftigung mit der Geschichte des Nationalsozialismus. Damit wird einer Entwicklung Rechnung getragen, die sich ebenfalls in den großen KZ-Gedenkstätten aufzeigen lässt. Dort hat man sich viele Jahre lang auf die Darstellung der historischen Inhalte konzentriert, in der Annahme, dass aufgrund der Dimension der NS-Verbrechen jeder die richtigen Schlüsse für die heutige Gesellschaft daraus ziehen würde. Zudem galt ein expliziter Gegenwartsbezug als nicht notwendig, weil die Demokratie in Deutschland als unwiderruflich gefestigt angesehen wurde. Dass dies ein trügerisches Bewusstsein war, ist seit dem weltweiten Erstarken rechtspopulistischer Strömungen deutlich geworden, das auch in Deutschland eine Partei in die Parlamente gebracht hat, aus deren Programm die Abschaffung der freiheitlichen und vielfältigen Demokratie herausgelesen werden kann. Daraus resultieren stärkere Anforderungen nach Orientierung bei der Bewältigung der Krise der Demokratie an Orten, die sich mit der nationalsozialistischen Vergangenheit beschäftigen.

Eine lokale Reaktion auf diese gewandelten Anforderungen besteht darin, dass die Orte der ehemaligen KZ-Außenlager von reinen Gedenkort zu Gedenk- und Informationsorten aufgewertet werden, wenn es Gelegenheit dazu gibt. Ein erstes Projekt dazu konnte im Frühjahr 2023 abgeschlossen werden. Dabei wurde das Mahnmahl am ehemaligen KZ Ahlem durch einen Rundweg mit Informationstafeln auf dem ehemaligen Lagergelände ergänzt, das bis dahin nicht zugänglich war. Ähnliche Projekte laufen beim ehemaligen Frauen-KZ Limmer und beim ehemaligen KZ Stöcken. Die Durchführung erfolgt dabei jeweils in Kooperation des ZeitZentrum Zivilcourage mit zivilgesellschaftlichen Initiativen.

## *7. Aktuelle erinnerungskulturelle Herausforderungen*

Für die Bewältigung aktueller erinnerungskultureller Herausforderungen ist ein differenzierter und reflektierter Blick auf die bisherige Entwicklung die Voraussetzung. Im Fall Hannover muss man konstatieren, dass diese Voraussetzung bisher nicht existiert, da keine wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Darstellung der Entwicklung der Erinnerungskultur in Hannover existiert.<sup>26</sup> Insofern kann auch dieser Beitrag nur erste Schlaglichter setzen und Interpretationen anbieten, die im Rahmen vertiefender Forschung überprüft werden

<sup>26</sup> Ein maschinenschriftlich vorhandener Forschungsüberblick konzentriert sich auf die Literaturlage, gibt aber wichtige Hinweise auf Desiderata: Hans-Dieter Schmid, Gutachten über den Stand der Forschung zur NS-Zeit in Hannover, mschrftl., Hannover 2016, einsehbar beim ZeitZentrum Zivilcourage.

müssen. Verbunden damit ist die Anforderung, die Bestände der zivilgesellschaftlichen Initiativen zu sichern, die im Laufe der letzten Jahrzehnte entstanden sind. Die Gründergeneration der Initiativen befindet sich im hohen Rentenalter. Nachwuchs konnte meist nicht in ausreichendem Maße gewonnen werden und das Bewusstsein, dass die Unterlagen der Initiativen archivalisch gesichert werden müssen, ist nicht besonders ausgeprägt. Die Geschichte der Erinnerungskultur selbst stellt also ein zentrales erinnerungskulturelles Betätigungsfeld der nächsten Jahre dar.<sup>27</sup>

Trotz des insgesamt hohen Standes der erinnerungskulturellen Entwicklung in Hannover existieren Leerstellen. Dies betrifft zunächst die Opfergruppen der nationalsozialistischen Verbrechen. Der Forschungsstand zur Verfolgung der Jüdinnen und Juden kann als sehr gut bezeichnet werden, ebenso derjenige zum politischen Widerstand und zu den KZ-Außenlagern. Zu Sinti und Roma, Euthanasie-Opfern, Homosexuellen<sup>28</sup> oder sogenannten „vergessenen Opfergruppen“, also Menschen, die als „Asoziale“ oder „Berufsverbrecher“ verfolgt worden sind, gibt es dagegen nur wenige Darstellungen, bei denen zudem zu prüfen wäre, ob sie noch dem Stand der Forschung entsprechen. Auch der Bereich der Zwangsarbeit ist nicht so aufgearbeitet, wie es seiner Bedeutung für die deutsche Kriegsgesellschaft entspricht.<sup>29</sup> Insgesamt spiegelt sich hier das ungleichmäßig verteilte zivilgesellschaftliche Interesse an den Opfergruppen wider.

Eine weitere aktuelle Herausforderung ist im Vorstehenden bereits mehrfach angesprochen worden. Dabei handelt es sich um das zunehmende Potenzial an demokratiegefährdenden Bestrebungen, das sich mittlerweile auch in den Parlamenten spiegelt. In diesem Rahmen wird der bisherige Ansatz der Erinnerungskultur, der sein Ziel in der Stärkung eines kritisch-reflexiven Geschichtsbewusstseins sieht, radikal bekämpft. Dafür stehen Zitate von Politikern der AfD, in denen von einer „erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad“<sup>30</sup> die Rede ist oder der Nationalsozialismus als „Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolg-

<sup>27</sup> Eine Veranstaltung am 16.11.2023 im ZeitZentrum Zivilcourage zum 40-jährigen Jubiläum der oben erwähnten Ausstellung „Konzentrationslager in Hannover 1943-1945“ war auch als Hinweis in die Richtung gedacht, vgl. <https://www.hannover.de/Kultur-Freizeit/Architektur-Geschichte/Erinnerungskultur/ZeitZentrum-Zivilcourage/Aktuelles-Veranstaltungen/Ausstellung-%22Konzentrationslager-in-Hannover-1943-1945%22> [16.12.2024].

<sup>28</sup> Rainer Hoffschmidt, Olivia. Die bisher geheime Geschichte des Tabus Homosexualität und der Verfolgung der Homosexuellen in Hannover, Hannover 1992.

<sup>29</sup> Janet Anschütz/Irmtraud Heike, Feinde im eigenen Land. Zwangsarbeiter in Hannover im Zweiten Weltkrieg, Bielefeld 2000.

<sup>30</sup> Björn Höcke in einer Ansprache in Dresden im Januar 2017, Wortlaut der Rede: <https://www.tagesspiegel.de/politik/gemutzzustand-eines-total-besiegten-volkes-5488489.html> [16.12.2024].

reicher deutscher Geschichte“<sup>31</sup> bezeichnet wird. Für die Erinnerungskultur bedeutet dies zweierlei: Zum einen muss eine kritische Selbstbefragung der bisher vermittelten Inhalte und der dabei angewandten Methoden erfolgen. Denn derartige Ansichten zu verhindern, ist ja das unausgesprochene Ziel der Erinnerungskultur. Zum anderen bietet sich hier jedoch eine ungewollte Chance. Denn mit dem öffentlichen Aufschrei, den derartige Äußerungen auslösen, verbindet sich eine stärkere Aufmerksamkeit für die Erinnerungskultur, gepaart mit der bereits erwähnten Forderung nach stärkerer Orientierung in den gegenwärtigen Krisen, also dem vielzitierten Lernen aus der Geschichte.

Eine weitere Herausforderung betrifft die Inhalte der Erinnerungskultur. Landläufig wird damit immer noch mehrheitlich Aufklärung über den Nationalsozialismus verbunden. Die Beschäftigung mit der DDR-Geschichte wird häufig noch als Spezifikum derjenigen Bundesländer verstanden, die bis 1990 die DDR gebildet haben und weniger als gesamtdeutsche Aufgabe. Auch die Initiativen, die Orte der Demokratie stärker in den erinnerungspolitischen Fokus rücken wollen, also sozusagen der „dunklen“ NS-Geschichte eine „helle“ Geschichte positiver Ansätze entgegenstellen wollen, konnten sich bisher nur ungenügend durchsetzen, insbesondere nicht im Bereich der zivilgesellschaftlichen Initiativen. Die „Orte der Demokratie“ bleiben bisher weitgehend eine Top-Down-Veranstaltung. Anders verhält es sich mit dem Thema „Dekolonisierung“, das seit einigen Jahren zunehmend an Bedeutung gewinnt und häufig sehr kontroverse Diskussionen auslöst. Ausschlaggebend für seine Relevanz ist der anhaltende Druck durch zivilgesellschaftliche Gruppen, die eine verstärkte selbstkritische Beschäftigung mit den Folgen des Kolonialismus einfordern und auch sichtbare Zeichen im öffentlichen Raum verlangen.

Dies lässt sich auch in Hannover verfolgen. Dort steht einer punktuellen Beschäftigung mit herausgehobenen Orten des Kolonialismus in den letzten Jahrzehnten seit einigen Jahren eine kontinuierliche Entwicklung gegenüber, bei der im wesentlichen Gruppen, die von Alltagsrassismus betroffen sind, einen bewussten Umgang mit den vielfältigen materiellen und immateriellen Spuren des Kolonialismus einfordern. Die nach jahrelanger Vorarbeit entstandenen politischen Initiativen haben schließlich dazu geführt, dass der Rat der Stadt Hannover den Auftrag erteilt hat, einen Beirat zur Entwicklung eines gesamtstädtischen dekolonisierenden Erinnerungskonzeptes einzusetzen.<sup>32</sup> Verbunden damit ist die Einrichtung einer wissenschaftlichen Koordinationsstelle beim Zeit-Zentrum Zivilcourage. Das Thema „Dekolonisierung“ ist auf diese Weise dauer-

<sup>31</sup> Alexander Gauland in einer Rede im Juni 2028, Zitat in: <https://www.dw.com/de/gauland-bezeichnet-ns-zeit-als-vogelschiss-in-der-geschichte/a-44054219> [16.12.2024].

<sup>32</sup> Beschluss vom November 2023, abrufbar unter: <https://e-government.hannover-stadt.-de/lhhsimwebre.nsf/DS/1850-2023> [16.12.2024].



haft in der Stadtgesellschaft verankert. Es wird nun darauf ankommen, seine gesamtgesellschaftliche Bedeutung herauszustellen sowie Befürchtungen der Aufmerksamkeits- und Ressourcenkonkurrenz bei denjenigen Initiativen, die sich mit der NS-Geschichte beschäftigen, entgegenzutreten.

Dazu treten noch weitere Herausforderungen wie die Digitalisierung, das Ende der Zeitzeugenschaft oder die zunehmende Diversität der Gesellschaft. Insgesamt scheint die Erinnerungskultur in Hannover einen Stand erreicht zu haben, der gute Voraussetzungen zur Bewältigung der genannten Herausforderungen bietet. Zwei bedeutsame Punkte müssen dabei Beachtung finden. Zum einen gilt es, ein selbstgenügsames „Zurücklehnen“ zu vermeiden, das den erreichten Stand als ideal und zementiert betrachtet. Vielmehr muss das Bewusstsein dafür gestärkt werden, dass das bisher Erarbeitete lediglich den Ausgangspunkt bildet, um Erinnerungskultur weiterhin im Sinne der Stärkung der Demokratie wirksam werden zu lassen. Dazu gehört in erster Linie eine kritische Selbstreflexion der bisherigen Entwicklungen. Zum zweiten – und damit zusammenhängend – müssen zivilgesellschaftliche Initiativen weiterhin gestärkt werden, ohne ihre Autonomie zu beeinträchtigen. Denn Erinnerungskultur muss „Stachel im Fleisch“ bleiben, und dies kann sie nur, wenn sie keine rein staatliche Veranstaltung wird und damit Gefahr läuft, ihr gesellschaftskritisches Potenzial einzubüßen.

**Jens Binner** ist Direktor des ZeitZentrum Zivilcourage in Hannover. Zuvor war er an verschiedenen Projekten der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora beteiligt und leitete die Abteilung für Kommunikation und Veranstaltungen der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten. Veröffentlichungen u. a.: „Ostarbeiter“ und Deutsche im Zweiten Weltkrieg. Prägungsfaktoren eines selektiven Deutschlandbildes, München 2008; Die jüdische Gemeinde in Peine vom Mittelalter bis 1942 (hrsg.), Peine 2009.  
[jens.binner@hannover-stadt.de](mailto:jens.binner@hannover-stadt.de)